

INFO

Ressourcengerechtigkeit

»Ressourcengerechtigkeit« ist ähnlich wie die Begriffe Klima- oder Umweltgerechtigkeit ein Suchbegriff. Er versucht zu beschreiben, was es bedeuten würde, den Zugang zu Ressourcen und deren Nutzung sowie die damit verbundenen negativen Auswirkungen wie z. B. Umweltzerstörung und Klimaerwärmung mit ihren Begleiterscheinungen wie Dürre, Stürme oder steigende Meeresspiegel »gerecht« zu gestalten. Die aktuelle Situation ist davon offensichtlich weit entfernt und wird durch ein Vorantreiben der Digitalisierung noch verstärkt.

Formal haben alle Menschen den gleichen Zugang zu Ressourcen auf den internationalen Märkten, faktisch wird vielen Millionen Menschen durch ungleiche Ausgangsbedingungen dieser Zugang jedoch verwehrt oder erschwert. Zugang zu und Nutzung von digitaler Technik und der damit verbundenen Ressourcen sind global sehr ungleich verteilt. Gleiches gilt für die Betroffenheit von deren negativen Auswirkungen – sowohl geographisch zwischen Globalem Norden und Süden als auch innerhalb von Regionen oder Ländern zwischen Arm und Reich und letztlich auch zwischen jetzigen und zukünftigen Generationen. Diese Ressourcenungerechtigkeit drückt sich zunehmend in Konflikten um Ressourcen aus: Einerseits als offene und oft gewaltsam ausgetragene Konflikte um Zugang zu Rohstoffen wie Gold oder Kobalt oder im Zuge der Zerstörung von Lebensgrundlagen durch deren Abbau. Dabei entstehen andererseits auch »versteckte« Konflikte, wenn die eigentlichen Konfliktparteien keinen unmittelbaren Kontakt haben. Zu letzteren gehören z. B. Konflikte im Kontext des Klimawandels, bei denen die Ursachen für verschlechterte Lebensbedingungen im Globalen Süden in Lebens- und Produktionsweisen des Globalen Norden liegen, aber kein Akteur direkt verantwortlich gemacht werden kann. Ein Beispiel, wie Ressourcengerechtigkeit in diesem Zusammenhang trotzdem eingefordert werden kann, ist die Klage von Saúl Luciano Lliuya gegen RWE, durch die RWE dafür Verantwortung übernehmen soll, dass die Bewohner*innen der Stadt Huaraz in den Anden infolge der CO₂-intensiven Aktivitäten des Konzerns durch Gletscherschmelze in ihrer Existenz bedroht sind. (Germanwatch)

Im Alltag begegnen uns solche versteckten Konflikte auch als vermeintliche Dilemmata: Zwar soll jede Person auf der Welt gleichermaßen das

Recht auf moderne Smartphones und Laptops, auf Internetzugang und auf vielfältige digitale Angebote haben, die das Leben einfacher machen sollen – nur lässt sich das aber offenbar kaum vereinbaren mit dem Anspruch, ökologische Lebensgrundlagen für alle zu erhalten.

Tilman Santarius unterscheidet vier Ebenen und damit verbundene Forderungen bezüglich Ressourcengerechtigkeit, die in der Methode behandelt werden können oder die Anleitende mit den Teilnehmenden erarbeiten können.

1. Existenzrechte sichern

Auf welches Problem reagiert diese Forderung?
Wie im Text oben beschrieben, bedrohen sowohl Ressourcenabbau z. B. für digitale Geräte (vorrangig für den Globalen Norden) als auch die Auswirkungen steigender Treibhausgasemissionen Menschen in ihrer Existenz (vorrangig im Globalen Süden), weil ihre Lebensräume oder ihre Lebensgrundlagen zerstört werden. Ganz zu schweigen von der Lebensgrundlage für Tiere oder Pflanzen in diesen Regionen.

Was wird gefordert?

Um Ressourcengerechtigkeit zu realisieren, ist es erforderlich, dass auch große transnationale Konzerne in die Pflicht genommen werden Menschenrechte einzuhalten. Entsprechende Rahmenbedingungen, wie etwa eine Verfassung für transnationale Unternehmen (Bendell 2004), würden den Druck erhöhen, dass Unternehmen nicht nur Arbeits- oder Gesundheitsstandards in ihren Filialen einhalten, sondern auch Ressourcenbestände schonen und Naturräume intakt lassen.

2. Ressourcenansprüche zurückbauen

Auf welches Problem reagiert diese Forderung?
Digitale Lebensstile vor allem im Globalen Norden sind sehr ressourcenintensiv. Ein Beispiel: Unsere digitalen Aktivitäten verursachen pro Kopf und Jahr (Stand 2017) in Deutschland ca. 0,85 Tonnen CO₂ (Gröger 2020). Das entspricht einem Anteil von ca. 8% des jährlichen CO₂-Verbrauchs pro Kopf in Deutschland von zehn Tonnen. Wenn die 1,5°-Klima-Grenze von Paris eingehalten werden soll und das entsprechend verbleibende CO₂-Emissionsbudget auf alle Menschen der Welt gleich verteilt würde, stünde jeder Person ein Budget von zwei Tonnen CO₂ pro Jahr zur Verfügung – und wäre durch digitale Aktivitäten damit schon fast zur Hälfte aufgebraucht.

Was wird gefordert?

Ressourcenansprüche im Globalen Norden zurückbauen. Die Ressourcen sind so zu verteilen, dass die Vielverbraucher*innen nicht die Existenzrechte anderer untergraben. Das bedeutet, dass jede Gesellschaft ihren Ressourcenverbrauch nach Regeln einrichten muss, die auch von allen anderen übernommen werden könnten. Deshalb wird der Rückbau des Ressourcenverbrauchs der Reichen zum kategorischen Imperativ der Ressourcengerechtigkeit.

3. Fairen Tausch ermöglichen

Auf welches Problem reagiert diese Forderung?

Wer hat, dem wird gegeben – diese Losung regiert das Geschehen auf den Weltmärkten. Vor allem besteht eine Ungleichheit der Tauschbeziehungen zwischen denen, die die Ressourcen bereitstellen, und denen, die die mit ihnen geschaffenen Produkte auf die Märkte bringen.

Was wird gefordert?

Fairen Tausch ermöglichen: Was den fairen Tausch auszeichnet, ist die Gleichwertigkeit von Nehmen und Geben. Letztlich wird ein fairer Handel nicht dauerhaft einseitige Vorteile auf Kosten der anderen mit sich bringen, sondern die Interessen aller an ihm Beteiligten wahren. Zwar wird es nicht reichen, nur den Marktanteil von Fair-Trade-Produkten drastisch zu vergrößern. Aber ließen sich nicht die Prinzipien des Fairen Handels auf die Verhandlungen auf der internationalen Ebene übertragen und als Richtungsweiser nutzen, um eine zukunftsfähige Welthandelsorganisation aufzubauen?

4. Verursachte Nachteile ausgleichen

Auf welches Problem reagiert diese Forderung?

Während der faire Tausch die Gleichwertigkeit von Geben und Nehmen verlangt, kann diese Gleichwertigkeit in bestimmten Fällen auch ungerecht sein – nämlich dann, wenn die Ausgangsbedingungen der Handelspartner unterschiedlich sind. In der Tat kann es Ausdruck höchster Ungerechtigkeit sein, wenn Ungleiche gleich behandelt werden. Gerecht ist nur, Gleiche gleich, Ungleiche aber ungleich zu behandeln. Tatsächlich besteht aus ökologischer Sicht eine dringende Notwendigkeit, dass Emissionsreduktionen nicht nur im Norden, sondern in allen Ländern weltweit durchgesetzt werden, um eine globale Erwärmung von mehr als 2°C zu vermeiden. Doch stellt sich aus Sicht der Gerechtigkeit die Frage, wo in welchem Maße Emissionsminderungen eingefordert werden.

Was wird gefordert?

Ausgleichende Gerechtigkeit: Es kann nicht gerecht sein, von Menschen und Ländern im Globalen Süden gleichermaßen Emissionsminderungen zu verlangen wie vom Norden – selbst dann nicht, wenn die Minderungen im Süden insgesamt geringer als im Norden ausfallen würden. Stattdessen verlangt eine konsequente Umsetzung der »ausgleichenden Gerechtigkeit«, dass die reichen Länder des Nordens aufgrund ihrer hohen Verantwortung und großen finanziellen und institutionellen Kapazitäten einen guten Teil der im Süden notwendigen Emissionsminderungen verantworten und finanzieren müssen (Baer et al. 2007).

-
- LITERATUR Baer, P./Athanasios, T./Kartha, S. (2007): *The right to development in a climate constrained world. The Greenhouse Development Rights framework.* Zu finden auf: boell.de
- Im PDF sind die Online-Ressourcen direkt verlinkt
- Bendell, J. (2004): *Barricades and Boardrooms. A Contemporary History of the Corporate Accountability Movement.* Technology, Business and Society Programme. No.13. Genf.
- Germanwatch: *Der Fall Huarez.* Zu finden auf: germanwatch.org
- Gröger, J. (2020): *Der CO₂-Fußabdruck unseres digitalen Lebensstils.* Zu finden auf: blog.oeko.de
- Santarius, T. (2008): *Was ist Ressourcengerechtigkeit?* In: *Widerspruch*, Nr. 54, S. 127–137. Zu finden auf: santarius.de
- Wuppertal Institut (Hrsg.) (2005): *Fair Future. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit.* München.
- =====